Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch

Freitag, 11. Juli 2025 | Nr. 28 | 67. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
NATO: Schicksalsfrage für die Schweiz
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Glanzloses Glanzstück aus Buchhaltung
von Marc Bochsler
Seite 3

Aktuell
Zum 150. Todestag von General Dufour
von Christoph Blocher
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Schweizer sein? Ein Verwaltungsakt!
von Charlotte M. Baer
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Bürgerliche Bundesfeier mit NR Matter
Seite 8

STADT-LAND-GRABEN SPITZT SICH ZU

Die Stadt Zürich hat ihre Verantwortung als Hauptstadt des Kantons Zürich absichtlich vergessen!

Politisch ist eine Teilung unseres Kantons bereits Realität, und zwar schon seit Jahren. Der Kanton Zürich gilt schweizweit nicht mehr als zuverlässlich bürgerlich, weder bei Wahlen und noch weniger bei Abstimmungen.

Wieso ist das so? Ganz einfach: Weil wir die grösste Stadt der Schweiz in unserem wunderbaren Kanton haben. Diese macht nicht ganz einen Drittel der Stimmbevölkerung aus, aber leider ist die Stadt Zürich politisch so stark linksgrün, dass der Rest des Kantons Zürich das je länger, je mehr nicht mehr ausgleichen kann. Die Stadt Zürich ist zu gross, zu links und zu machthungrig, als dass dies ignoriert werden kann.

Rechtsstaat interessiert Golta nicht

Es gibt sehr viele Argumente, wieso eine allfällige Teilung in einen Stadt- und Landkanton keine «Schnapsidee» ist. Fangen wir mit der Stadt Zürich selbst an. Diese ignoriert je länger, je mehr übergeordnete Gesetze gegenüber Kanton und/oder Bund – beispielsweise beim Thema der Sans-Papiers. Dies sind illegal anwesende Menschen, die trotzdem hier bei uns leben. Die Stadtregierung denkt, es sei in ihrer Kompetenz, den illegal anwesenden Menschen Geld, einen eigenen «Ausweis» usw. zu geben. Logisch hat dies eine Sogwirkung und es wurde bereits mehrmals bestätigt – vom Statthalter und unserem Regierungsrat – dass dies nicht rechtens ist. Glaubt jemand, solches Verhalten wird besser, wenn der federführende Stadtrat Raphael Golta nächstes Jahr aber leider wahrscheinlich Stadtpräsident vom Möchtegern-Stadtkanton wird? Dies muss uns, die SVP und alle bürgerlich denkenden Personen zwingend interessieren und wir müssen mit vereinten Kräften dagegenhalten.

Städtische Anti-Mobilität

Gehen wir davon aus, hoffentlich, dass die Mehrheit im Kanton der Mobilitätsinitiative zustimmt und somit Tempo 50 auf Hauptstrassen die Regel ist/bleibt. Glauben wir ernsthaft, dass die Stadt Zürich dies dann einfach so umsetzt oder sogar die massiven Temposenkungen, die überall auf Hauptstrassen umgesetzt wurden oder noch geplant sind, zurücknimmt oder nicht umsetzt? Ganz grosse Zweifel sind angebracht, der Regierungsrat wird massiv gefordert sein.

Übrigens ist auch das ein wichtiger Grund, wieso dieser ab 2027 ebenfalls eine bürgerliche Mehrheit benötigt. Ein linksgrüner Regierungsrat würde mit Sicherheit gar nichts mehr gegen die linksgrüne Stadtregierung unternehmen. Die Baudirektion selbst versucht, Tempo 30 noch schnell einzuführen, beispielsweise auf der Seestrasse in Horgen – gegen den Gemeinderat und die Bevölkerungsmehrheit in Horgen.

Die allgemeine Anti-Mobilitätspolitik in der Stadt Zürich ist auch für den Rest des Kantons ein grosses Problem. Das einzige Beförderungsmittel, das dieser politischen Mehrheit wichtig ist, ist das Velo! Und dies, obwohl auch in Zukunft nur eine klare Minderheit das Velo als Hauptbeförderungsmittel benützen wird und vor allem die Fussgänger durch die Velofahrer überall gefährdet werden, wo diese nichts verloren haben, etwa auf dem Trottoir und in Fussgängerzonen.

Der Zugang zu Institutionen, die alle Einwohner des Kantons Zürich besuchen, muss selbstverständlich «frei» zugänglich sein – für alle Mobilitätsformen. Ansonsten sollten diese Institutionen im Umkehrschluss mittelfristig nicht mehr in der Stadt Zürich sein. Vor allem leidet auch das Gewerbe massiv unter dieser Politik. So werden u.a. die Parkplätze laufend abgebaut und die noch vorhandenen sind in Regel von den Anwohnern besetzt.

Gemeindewahlen im Fokus

Die Hoffnung, die bleibt: Auch in der Stadt Zürich sind nächstes Jahr Wahlen. Im mehrheitlich sozialistischen Parlament gibt es aktuell nur eine knappe Mehrheit für diese freiheits- und wirtschaftsfeindliche Politik. Das kann geändert werden! Es braucht nur ein paar Sitze mehr, und genau das muss im nächsten Jahr das Ziel sein. Wir müssen besser mobilisieren, sodass möglichst viele Stimmen unserer SVP in der Stadt hinzukommen! Und gleichzeitig hoffen wir, dass auch die anderen bürgerlichen Parteien zulegen. Dann würde sich auch in der Stadt Zürich etwas ändern. Alle Wählerinnen und Wähler der SVP, aber auch anderer bürgerlicher Parteien, sollten darüber nachdenken, für was wir stehen und unser Kanton stehen soll.

Klar ist, wofür die Stadt Zürich steht: Die von linksgrün beherrschte Stadt setzt sich vor allem für die Illegalen und nicht Arbeitenden ein, will der Stadtbevölkerung alles übersubventionieren und findet den Genderstern ganz wichtig – dies alles finanziert zu 50% von den Unternehmen, die sehr hohe Steuern zahlen! Wir, die SVP, setzen uns für alle im ganzen Kanton Zürich ein, die legal hier leben, arbeiten, Steuern zahlen und nicht kriminell sind – genau das Gegenteil von den linken Parteien in der Stadt Zürich.

Dass es der Stadt Zürich so gut geht, hat mit der ETH/Uni, dem Hauptbahnhof und anderen Faktoren zu tun, die genau null mit der linken Politik zu tun haben. Wenn unsere Hauptstadt weiter diesen Weg geht, sollten wir uns ab sofort nichts mehr von ihr gefallen und uns nicht mehr überstimmen lassen. Im Gegenteil: Wir sollten u.a. weniger Zentrumslastenausgleich zahlen bzw. für die Zentrumsnutzung eher noch eine Rechnung stellen! Ja, schlussendlich sollten die bürgerlich Denkenden im Hinterkopf behalten, allenfalls zu trennen, was politisch schon länger nicht mehr zusammenpasst.

Rote Stadt Zürich und der Rest des Kantons? Bild: zVg

Marcel Suter
Kantonsrat SVP
Thalwil

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wann: Mittwoch, 27. August 2025, 14 - 17 Uhr
Was: mit Nationalrat Martin Hübscher
zur Individualbesteuerung und zum "Recht auf Heimat"
und Nationalrat Gregor Rutz
zum Eigenmietwert und zur Medien- und Asylpolitik
Verpflegung: Kaffee und Kuchen
Boarding: 13:45 Uhr
Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch
oder Tel. 044 217 77 66

Alles offeriert!

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich

Asylmissbrauch Stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!

grenzschutzinitiative.ch

Christoph Mörgeli

Europapolitik mit Pfannendeckeln

Die «Sonntagszeitung» titelte über die Wortmeldung von Tobias Gerfin: «Geregelte Beziehungen zur EU sind ein Muss.» Der Manager leitet als Aussenstehender das Familienunternehmen Kuhn in Rikon, vor allem bekannt für seine exzellenten Töpfe und Pfannen. Geschäftsführer Tobias Gerfin meint: «Ich habe den Eindruck, dass die Schweizer Delegation in den Verhandlungen zum neuen Vertragspaket mit der EU viel herausgeholt hat. Aus meiner persönlichen Sicht wäre es wichtig, dass die Verträge zustande kommen.»

Es gehe nämlich für sein KMU um «Beständigkeit» sowie um «Planungs- und Rechtssicherheit». Nur bleibt Tobias Gerfin eine Begründung schuldig, warum er all das verwirklicht sehen will. Wenn doch die EU ihre Gesetze betreffend den Binnenmarkt jederzeit ändern kann, die Schweiz aber durch den Unterwerfungsvertrag diese allesamt übernehmen muss – und sonst bestraft wird: Was, bitte, ist an einer solchen Abhängigkeit beständig und planungssicher? Um das nicht zu merken, muss man länger in der Bratpfanne gelegen sein.

Blankgescheuerte, teflonglatte und pfannenfertige Botschaften wie aus der Führungsetage von Kuhn-Rikon werden künftig massenhaft aufs Schweizervolk niederprasseln. Immer schön koordiniert von economiesuisse, Arbeitgeberverband und allerhand hochbezahlten PR-Fritzen. Immerhin verhehlt Tobias Gerfin nicht, dass «die Flut an neuen Vorschriften aus Brüssel» tatsächlich ein Problem sei. Doch habe die Schweiz ja «das Recht, Regulierungen nicht zu übernehmen». Dass die EU dann aber ihre Folterwerkzeuge auspacken und anwenden darf, verschweigt der Tösstaler Küchenwaren-Produzent.

Eigentlich hätte Tobias Gerfin durchaus mehr auf der Pfanne. Es gibt Leute, die nachdenken, um zu reden. Andere wiederum reden, um nicht nachdenken zu müssen. Gerfin verschweigt, dass beim angeblich so glänzend ausgehandelten Unterwerfungsvertrag die EU hierzulande anstelle der Bürger zum Gesetzgeber wird. Nur um in der EU ein paar Pfannen mehr zu verkaufen, ist der Geschäftsführer von Kuhn-Rikon bereit, die ganze Schweiz in die Pfanne zu hauen.

ZUM EU-UNTERWERFUNGSVERTRAG

Warum ist das Mehr von Volk und Ständen notwendig?

Der Bundesrat hat bekanntlich mit vier zu drei Stimmen beschlossen, das EU-Paket nur dem Volk zu unterbreiten. Die Bundesversammlung hat darüber endgültig zu entscheiden.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Was sind die rechtlichen – nicht die politischen – Wurzeln des bundesrätlichen Entscheides? Weshalb stimmen auch etwelche Rechtsprofessoren der Auslassung des Mehrs der Kantone zu? Dieses Denken geht mehr als ein halbes Jahrhundert zurück. Es fusst auf dem Positivismus: Nur der blosse Wortlaut von Verfassung und Gesetz entscheidet. Diese Auffassung hatte ihre Wurzeln nicht auf schweizerischem Boden. Sie wurde in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vorab aus deutschen Landen importiert. Allein der blosse Wortlaut einer Gesetzbestimmung sei massgebend.

Blosses Abstellen auf Wortlaut widerspricht unserem Denken

Unter Führung des unvergesslichen Zürcher Staatsrechtsprofessors Werner Kägi erhob sich in den 1960er-Jahren kräftiger Widerstand gegen die Auslegung von Verfassung und Gesetzen nach ihrem blossen Wortlaut: Positivismus. Nicht die inhaltslose Grundnorm und die darauf basierenden blossen – und zufälligen – Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen seien massgeblich. Das Bundesgericht betonte in den letzten Jahrzehnten stets, dass neben dem Wortlaut vorab auf Sinn und Zweck der Bestimmungen sowie der ihnen zugrunde liegenden Wertungen abgestellt werden müsse und «nicht blindlings auf ein einzelnes Wort» zu vertrauen ist.

Wenn gewisse Bundesratsmitglieder immer wieder behaupten, das obligatorische Ständemehr sei nur für den Beitritt zu supranationalen Organisationen erforderlich, so verkennen sie die Praxis des Bundesgerichtes zu den bewährten Auslegungsgrundsätzen. Nach diesen ist das Sinn- und Wertganze massgebend, niemals darf blindlings auf ein einzelnes Wort abgestellt werden.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft besteht aus den Kantonen

Es ist in der Schweiz auf das Ganze und dessen Sinn abzustellen. Im ersten Artikel der Bundesverfassung wird unser Staatswesen definiert: Es besteht darnach aus den Kantonen. Der vierte Titel der Bundesverfassung ist überschrieben mit «Volk und Stände». In der Bundesverfassung wird ausdrücklich festgelegt, dass das Bundesgericht die oberste rechtsprechende Behörde ist. Es wird in der Verfassung auch festgehalten, dass bei uns ein Anspruch auf ein unabhängiges Gericht besteht. Diese und andere Verfassungsbestimmungen machen das Sinn- und Wertganze der Schweiz aus.

Unser Staat besteht nicht nur aus dem Volk, sondern auch aus den Kantonen. Sie dürfen und müssen mitbestimmen, wenn auch ihre Rechte betroffen sind. Die Unabhängigkeit des Landes und seiner Gerichte steht im Zentrum. Danach hat sich die Auslegung von Verfassung und Gesetzen zu richten und es ist nicht blindlings dem blossen Wortlaut einer Bestimmung zu folgen.

Brisante Idee

In Juristenkreisen tauchte vor Kurzem eine brisante Idee auf: Wird das Vertragspaket ohne die Kantone nur vom Volk gutgeheissen, werden gestützt auf die angenommenen Verträge über kurz oder lang Entscheide gefällt. Werden diese teilweise oder ganz nicht freiwillig akzeptiert, können Sanktionen ausgesprochen werden. Gegen deren Vollstreckung kann der Einwand erhoben werden, die Schweiz habe dem Vertragspaket nicht rechtmässig zugestimmt; es fehlte an der Zustimmung der Kantone. Ermangle nämlich der Grundvertrag, das ausgehandelte EU-Paket, der erforderlichen Gutheissung aller Betroffenen, seien die einzelnen darauf basierenden Urteile ungültig. Ist sich der Bundesrat dieses Risikos bewusst?

Das Bundesgericht betonte in den letzten Jahrzehnten stets, dass «nicht blindlings auf ein einzelnes Wort» zu vertrauen ist. Bild: Wikimedia

NATO – SCHICKSALSFRAGE FÜR DIE SCHWEIZ

Neutralität als Sicherheitsprinzip

Die immerwährende Neutralität, die die Schweiz verinnerlicht hat, wird von innen immer und immer wieder angeschossen. Die «NZZ» schrieb kürzlich, das «Dogma Neutralität» sei kein Schutzfaktor.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Stephan Rietiker, Präsident von Pro Schweiz, schrieb kürzlich, die immerwährende bewaffnete Neutralität habe der Schweiz Sicherheit und Stabilität ohne fremde Truppen und Bündniszwänge gesichert.

Kompass verschoben

Wenn der Bundesrat in die NATO will, zeigt dies, dass sich der Kompass deutlich verschoben hat. Dies liegt auch daran, dass der Bundesrat sämtlichen Friedensschalmeien der NATO erlegen ist. Die Erwähnung der Neutralität in der Verfassung ist eine umsichtige Vorsorgemassnahme in wahrlich schwierigen Zeiten. Deshalb ist die Neutralitätsinitiative sehr zu befürworten.

Kriege sind illegal

In der Charta der Vereinten Nationen steht klar und deutlich geschrieben: Kein Land darf ein anderes Land angreifen. Kriege sind illegal. Das ist das sogenannte Gewaltverbot. Konkret heisst es in Artikel 2 der Charta: «Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.» Der Text ist deutlich. Es gibt nur zwei Ausnahmesituationen, in denen Krieg auch heute noch erlaubt ist: Das Recht auf Selbstverteidigung oder ein Krieg, der mit explizitem Mandat des UNO-Sicherheitsrates geführt wird.

Die historischen Fakten der letzten 70 Jahre zeigen deutlich, dass NATO-Länder wiederholt andere Länder angegriffen und hierdurch das in der UNO-Charta verankerte Gewaltverbot verletzt haben. Die NATO ist keine Kraft für Sicherheit und Stabilität, sondern wohl eher eine Gefahr für den Weltfrieden.

Die NATO ist keine Kraft für Sicherheit und Stabilität, sondern wohl eher eine Gefahr für den Weltfrieden. Bild: Pixabay

Rechtlicher Rahmen

Den rechtlichen Rahmen für eine verstärkte NATO-Kooperation der Schweiz bildet die sogenannte «Partnerschaft für den Frieden» (PfP). Seit über 25 Jahren ist die Schweiz Teil dieser Gruppe der der NATO zugewandten Staaten. Die Schweizer Armee nimmt jährlich an einer Vielzahl von Ausbildungskursen und fünf bis zehn multinationalen Übungen teil. Sie bietet aber auch selber Kurse an, zum Beispiel zur Ausbildung von Gebirgsjägern. Finnland und Schweden nehmen seit Jahren aktiv an Gefechtsübungen teil und waren plötzlich NATO-Mitglieder.

Sicherheitskreise und Militärfachleute behaupten immer, eine autonome Verteidigung gehöre der Vergangenheit an. Tatsache ist, dass die Schweiz in den letzten Jahrzehnten die Fähigkeit zur Eigenständigkeit eingebüsst hat. Und genau die, die das kritisieren, haben diesen Zustand willentlich herbeigeführt. Sie wollten, dass man die Schweiz weiter schwächt, sodass man dann die NATO um Hilfe ruft.

Angriffs- statt Verteidigungsbündnis

Jetzt sollen wir also in eine NATO eintreten, die sich als Angriffs- und nicht als Verteidigungsbündnis stark macht. Eine NATO, die schon zahlreiche Kriege vorbereitet hat. Die Grossen beschliessen, was passiert. Und da sollen wir uns als Kleinstaat hineinmanövrieren? Gehören wir in so eine Wertegemeinschaft der Angriffskrieger? In der Diplomatie ist Reden mit allen Partnern immer gut. Aber die Neutralität mit dem Beitritt zur NATO im Voraus schon mal aufgeben, ist nicht seriös und zeugt von wenig Wissen über die Geschichte der Schweiz. Und: Hat es der Schweiz wirklich geschadet, dass sie während des Kalten Krieges nicht Mitglied der NATO war?

Sicherheitspolitisches Credo

In einem Positionspapier von 2024 schreibt die SVP Schweiz: «Selbst, wenn im Einzelfall völkerrechtlich begründete Sanktionen der Schweiz gegen einen Schurkenstaat durchaus berechtigt sein können, darf die militärische Neutralität als oberstes sicherheitspolitisches Credo der Schweiz keinesfalls aufgegeben werden. Nur so kann sich die Schweiz im Rahmen ihrer humanitären Tradition als Vermittlerin oder Konferenzplattform glaubhaft anbieten. Ein Beitritt der Schweiz zur NATO kommt nicht in Frage.» Die Schweiz muss sich also klar von internationalen Militärbündnissen abgrenzen und sich zur bewaffneten Neutralität bekennen.

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Geschäftsbericht 2024: Der Staat wird immer fetter

Der letzte Montag vor den Sommerferien hielt für die Kantonsräte eine Doppelsitzung bereit. Die Themen waren der Geschäftsbericht 2024 des Regierungsrates und die Rechenschaftsberichte der Gerichte. Nach den Debatten, in welchen sich die Mitglieder zu allen möglichen Einzelheiten kritisch geäussert hatten, genehmigte der Kantonsrat den Geschäftsbericht geschlossen.

Christoph Marty
Kantonsrat SVP
Zürich

Der Geschäftsbericht 2024 des Kantons Zürich weist einen Mehrertrag von 246 Millionen Franken aus, aber die 246 Millionen Franken resultieren nur aus der Aufwertung von Liegenschaften. Buchhalterisch sei das korrekt, so das Resümee von Kantonsrat Marc Bochsler, aber davon ist kein Franken liquiditätswirksam eingegangen. Es handelt sich um reine Buchgewinne.

Der Staat wird immer fetter – auf Kosten der Steuerzahler

Demgegenüber explodieren die ordentlichen Aufwände: 600 Millionen Franken mehr als im Vorjahr! So steigen die Nettoschulden um 154 Millionen Franken auf rekordhohe rund 4,4 Milliarden Franken, obschon im Abschluss ein Gewinn ausgewiesen wird. Das nennen wir dann vollen Ernstes «haushälterisch».

Stoppt die (halb-)linken Politiker – sie ruinieren den Kanton

Marc Bochsler trug eine kurze Auflistung von Geldvernichtungsvorlagen vor, welche die SP, die Grünen und die AL in Komplizenschaft mit der EVP, der GLP und der Mitte den Steuerzahlern aufoktroyieren konnten:

- Postulat «Klimaneutral bauen» (GLP/SP/Grüne): Der Kanton soll alle Bauprojekte auf «Klimaneutralität» trimmen – mit neuen Standards, zusätzlichen Planungsaufwänden und personellen Ressourcen in der Verwaltung.
- Postulat «Mobilitäts- und Parkierungsmanagement» (GLP/SP/AL): Es soll eine kantonale Strategie zur Regulierung von Parkplätzen erarbeitet werden – inklusive Aufbau eines neuen Steuerungsbüros. Bürokratie statt bürgernaher Lösungen.
- Postulat «Nachhaltige Datencenter» (GLP/SP/EVP): Der Kanton soll künftig beim Betrieb von Datencentern Umweltauflagen, Energiekennzahlen und Fördermechanismen mitverwalten. Aufwand und Kosten für die öffentliche Hand steigen – der Nutzen für die Bevölkerung: keine!

Das Kinderspital schon wieder in Finanznöten

Der Kanton hat die ihm zustehenden Stiftungsratssitze in der Eleonorenstiftung, welche das Kinderspital als private Trägerschaft verwaltet, besetzen können. Soweit zu den guten Nachrichten. Nach den Kalamitäten mit den Neubauten am Balgrist (Ratsbericht des Zürcher Boten vom 12. Juli 2024: Der Preis der Masslosigkeit der «Freunde der FDP») schlagen nun die betriebswirtschaftlichen Mängel durch. Weitere 25 Millionen Franken müssen eingeschossen werden. Die Trägerschaft des Kinderspitals hat es bis heute nicht geschafft, eine kostendeckende operative Tätigkeit zu erreichen. Die Wirtschaftsprüfer der KPMG haben die Governance- und Controllingaufgaben der Stiftung als ungenügend eingestuft und den eingereichten Businessplan als «optimistisch» beurteilt.

«Das Kispi ist systemrelevant für den Kanton Zürich»

Regierungsrätin Natalie Rickli

Es muss aufhören, dass der Kanton jedes Mal einspringen muss, wenn die finanziellen Abgründe des Kinderspitals überwunden werden müssen. Die SP fordert als «Lösung» die Übernahme des Kispis durch den Kanton: «Wenn dein einziges Werkzeug ein Hammer ist, sieht jedes Problem wie ein Nagel aus.» Dieses Sprichwort bringt auf den Punkt, dass Menschen dazu neigen, jedes Problem mit den ihnen vertrauten Mitteln zu lösen – selbst wenn diese ungeeignet sind. Die SVP steht der geforderten Verstaatlichung des Kispis dezidiert ablehnend gegenüber. Das Kispi soll bei der privaten Trägerschaft verbleiben, aber die systemischen Mängel müssen behoben werden.

Kantonsräte beim Kaffeemobil von bald Alt Kantonsrat Andrew Katumba, der anlässlich seines letzten Ratstages zu Kaffee und Kuchen eingeladen hat. Bild: Christoph Marty

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Ein Glanzstück aus Buchhaltung – und sonst nichts

Marc Bochsler
Kantonsrat SVP
Wettswil am Albis

Der Geschäftsbericht 2024 des Kantons Zürich präsentiert sich auf den ersten Blick als Erfolg: 150 Millionen Franken Gewinn. Wer genauer hinschaut, erkennt jedoch rasch, dass es sich dabei nicht um echten Ertrag handelt, sondern um einen reinen Buchgewinn. Die Summe über 246 Millionen stammt aus der Aufwertung von Liegenschaften – buchhalterisch korrekt, aber auf dem Konto ist kein zusätzlicher Franken gelandet.

Zusätzlich flossen 30 Millionen Franken an ausserordentlichen Dividenden von der ZKB und dem Flughafen. Auch das ist erfreulich, aber kein verlässliches Fundament für die künftige Finanzplanung. Und auf der anderen Seite: ein Loch von 119 Millionen Franken, weil die Nationalbank – wenig überraschend – keine Gewinnausschüttung vornimmt. Der saldierte Gewinn schmilzt also rasch zusammen. Was bleibt, ist wenig mehr als ein bilanziell aufgehübschtes Resultat.

Währenddessen steigen die ordentlichen Ausgaben um satte 600 Millionen Franken – ein historisches Ausmass. Die Nettoschulden des Kantons wachsen trotz ausgewiesenem Gewinn um 154 Millionen auf über 4,4 Milliarden Franken. Das nennt man dann im Amtsjargon «haushälterisch».

Doch die Wahrheit ist: Der Staat wächst ungebremst. Und ein Grossteil dieser Entwicklung ist hausgemacht. Der Kantonsrat bestellt und der Steuerzahler zahlt. Besonders die linke Ratsseite tut so, als seien neue Programme, Strategien und Regulierungen zum Nulltarif zu haben. Gleichzeitig wird die masslose Zuwanderung, die den Kanton strukturell belastet – durch mehr Infrastruktur, mehr Sozialausgaben, mehr Bürokratie – entweder kleingeredet oder ganz ignoriert.

Wenn dieser Trend anhält, wird Zürich nicht stärker, sondern nur teurer. Der Kanton hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem – und dieses ist politisch gewollt.

Es ist höchste Zeit, dass die bürgerlichen Parteien bei den kommenden Budgetdebatten geschlossen zusammenspannen, damit dieser Trend endlich gebrochen werden kann. Besonders die GLP steht hier vor einer Richtungsentscheidung: Will sie weiterhin zusammen mit SP und Grünen die Verschuldung anheizen und die finanzielle Last künftigen Generationen aufbürden – oder ist sie bereit, gemeinsam mit den bürgerlichen Kräften Verantwortung zu übernehmen und den Staatshaushalt wieder in geordnete Bahnen zu lenken?

Das Votum im Kantonsrat als Video:

Das Ausgabenproblem des Kantons Zürich ist politisch gewollt. Bild: Adobe Stock

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER WAHLKOMMISSION

«Für eusi Lüüt» – der Wahlkampf der SVP des Kantons Zürich

Die SVP des Kantons Zürich hat sich für den Slogan «Für eusi Lüüt» entschieden und trifft damit den Nagel auf den Kopf.

Alle, die politisch aktiv sind, ob als Sektionspräsident, Gemeinderat, Schulpfleger, Kantonsrat oder Nationalrat, engagieren sich aus Überzeugung für eine bessere Schweiz. Für eine bessere Schweiz für uns selbst, für unsere Nächsten, für unsere Kinder. Diesem Ziel hat sich die SVP verschrieben. Als einzige Partei kämpfen wir für eine kontrollierte Zuwanderung, gegen den zunehmenden Dichtestress, für sichere Grenzen, für mehr Sicherheit für uns alle, gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, für eine selbstbestimmte Schweiz. All das wollen wir gemeinsam erreichen – «Für eusi Lüüt».

Mit Herzblut für die Schweiz

Der politische Kampf für dieses Ziel ist vielseitig. Etwas verbindet ihn – der Kampf wird mit Herzblut geführt. Dies ist der Grund, warum die SVP des Kantons Zürich das Herz als Wahlsujet gewählt hat. Nicht als Zeichen der Romantik, sondern als Zeichen des Kampfgeistes – des Kampfgeistes für eine gute, noch bessere Schweiz.

Und genau hierzu fordern wir alle Schweizerinnen und Schweizer auf. Wir müssen für die Werte der Schweiz einstehen. Für eine demokratische Schweiz, selbstbestimmt und bewaffnet neutral.

Wer dies erhalten will, unterstützt die SVP und ihre Exponenten bei den nächsten Gemeindewahlen. Denn genau dort beginnt es. Dort entscheidet sich, wohin der Weg führt. Vieles wird in den Gemeinden entschieden und wichtige Umsetzungen werden vorangetrieben. Die Gemeindewahlen sind sehr wichtig, da diese Politik uns direkt und im Alltag trifft.

Der Wahlkampf hat begonnen

Damit wir unsere Politik stärken können, müssen wir alle mobilisieren. Wir müssen jede und jeden im Frühjahr 2026 zur Urne bewegen – weil jede Stimme zählt.

Als Wahlkommission setzen wir uns genau hierfür ein und unterstützen die Sektionen so gut wie möglich bei der Mobilisierung. So auch mit dem Antrag an den Sonderparteitag vom 13. August 2025, unsere Initiative «Recht auf Heimat» zu lancieren, welche einen Mietvorrang für Schweizerinnen und Schweizer fordert – einen Mietvorrang «Für eusi Lüüt».

von Patrick Walder

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN

Politisches Totalversagen in der Justizdirektion
Fehr verharmlost Alleingang in Millionenhöhe

Zürich geht mit gutem Beispiel voran
Regierungsrätin Rickli handelt verantwortungsvoll

Der Bund spart bei unserer Jugend
Aber hat Milliarden für die Welt

SVP FLAACH

Alt Bundesrat Ueli Maurer am Flaacher Sommerfest

In einem engagierten Referat plädierte am Flaacher Sommerfest Alt Bundesrat Ueli Maurer für eine selbstbewusste unabhängige Schweiz. Dabei erteilte er den laufenden Verhandlungen mit der EU eine deutliche Absage.

RoMü. Erstmals führte die SVP Flaach am vergangenen Samstagabend ein Sommerfest durch. Sektionspräsident Philipp Peter zeigte sich bei der Begrüssung des Gastredners erfreut, dass Alt Bundesrat Ueli Maurer der Einladung gefolgt war. «Irgendwo ist der Teufel los und alles bewegt sich immer schneller. Vor lauter Bäumen sieht man den Wald nicht mehr», waren Maurers erste Worte. Er kam zugleich auf die westliche Kultur zu sprechen, welche ebenfalls im Umbruch ist. «Ist diese zu Ende und gibt es Parallelen zum Untergang des Römischen Reichs?», stellte er fragend in den Raum und machte dabei Verbindendes aus. Analog zur römischen Geschichte sieht Maurer einen Zerfall der gelebten Kultur und eine starke Verschuldung. Die Verteidigung im Römischen Reich wurde vernachlässigt und es fehlte an Soldaten. Entsprechend konnte in Zeiten der Völkerwanderungen die Verteidigung der Reichsgrenzen nicht mehr gewährt werden. Die Römer erstarrten auch in ihrem Wohlstand und man forderte immer mehr vom Reich, welches sich dafür immer mehr verschulden musste. Dadurch entstand eine immer grössere Abhängigkeit. Ähnliche Entwicklungen sind jetzt auch in der westlichen Welt und ihrer Kultur auszumachen. «Eine Kultur, welche den Höhepunkt erreicht, droht zu zerfallen. Diese Parallelen sind erschreckend», sagte Maurer.

Osten wird westliche Welt ablösen

«Im Osten leben immer mehr Menschen und diese werden zahlenmässig den Westen ablösen. Damit wird der Einfluss der asiatischen Staaten steigen», zeigte sich Maurer überzeugt. Darin sieht er auch politische Verschiebungen. «Die neuen Technologien sind entscheidend. Leider haben wir nicht mehr den Lead», sagte Maurer mit Blick auf die prosperierenden Länder. Um wirtschaftlich und entsprechend auch politisch nicht in Rücklage zu geraten, forderte Maurer deshalb für die Schweiz einen strengen Sparkurs. Hier sieht er durchaus viel Potenzial in Umschichtungen, wo ohne grosse Nebenwirkungen Mittel eingespart werden können. «Es darf keine Steuererhöhungen geben und an der Schuldenbremse darf nicht gerüttelt werden», forderte Maurer. Denn hier liegt auch eine Stärke der Schweiz, welche zusammen mit Luxemburg die kleinste Verschuldung aller europäischen Staaten aufweist.

Direkte Demokratie als Geheimrezept

«Die Schweiz ist so erfolgreich, weil mit ihrem Politsystem das Volk entscheidet. Referendum und Initiative sind Vorteile in der Demokratie», führte Maurer aus. Zugleich sieht Maurer darin die Wichtigkeit und Bedeutung des Volkes, welches aus Angst vor zu vielen Regulierungen sich immer wieder erfolgreich wehrt. Hier setzte er nun bei dem anstehenden neuen Vertrag mit der EU an. Dieser ist voller Bürokratie. Für ihn sind es nicht nur die 1800 Vertragsseiten, sondern auch die weiteren 2200 Seiten, wo alles enthalten ist, was wir an Rechtsvorlagen von der EU zu übernehmen haben. «Würde die Schweiz zustimmen, so müsste sie das beste politische System der Welt aufgeben», sagte Maurer. Auf seinen Besuchen als Bundesrat in vielen Ländern sei der Schweiz immer wieder mit Respekt und Ansehen begegnet worden. «Wer Beachtung und Anerkennung will, muss der Neutralität treu bleiben», zeigte sich Maurer überzeugt.

Kritisch setzte sich Maurer auch mit den Fragen der Sicherheit auseinander. Jetzt wollen alle dafür mehr Geld und die in den NATO-Staaten beschlossenen fünf Prozent würden in der Schweiz fast 40 Milliarden entsprechen. «Die Armee in der Schweiz hat keinen politischen Auftrag. Hier muss die Politik der Armee einen Auftrag geben», sagte Maurer. Er outete sich auch als kein Freund für den Kampfjet F-35, welchen er für die Schweiz als nicht geeignet bezeichnete. Hätte man auf den Gripen gesetzt, so wäre dieser bereits im Einsatz. Der F-35 ist aus seiner Sicht nur deshalb interessant, weil er die internationale Anbindung der Armee erleichtert. «Die Schweizer Armee ist für die Sicherheit und Verteidigung der Schweiz verantwortlich», machte er deutlich.

Mit Blick auf die vielen Zivildienstabsolventen forderte Maurer wieder die Einführung der Gewissensprüfung, weil der Militärdienst trotz allen Unkenrufen nie attraktiv sein kann. Gerade auch hier macht er innenpolitisch kulturelle Differenzen aus. Während in Nidwalden 80 Prozent der wehrfähigen Männer Militärdienst leisten, sind es in Basel gerade einmal 20 Prozent.

Abschliessend thematisierte Maurer auch die Einwanderung. Für ihn ist die Schweiz wie beispielsweise Australien oder Kanada ein Einwanderungsland. Entsprechend wünscht er sich betreffend Zuwanderung strengere Vorgaben, wie sie andere Einwanderungsländer kennen und bewusst umsetzen. Doch im Gegensatz zu Kanada oder Norwegen setzt der Staat dafür keine Vorgaben. Sein Sohn, der vor 20 Jahren nach Norwegen ausgewandert war, musste seine benötigten Formulare ausschliesslich in norwegischer Sprache ausfüllen. Der andere Sohn, welcher nach Kanada ausgewandert war, musste fünf Jahre warten, bis er für die Bewirtschaftung einer Farm einreisen durfte. «Das Geheimnis eines Staates ist die Freiheit. Wir haben die Chance. Wir müssen nur Mut zeigen», zeigte sich Maurer abschliessend überzeugt.

«Wer einwandern und sich bei uns einbringen will, muss Teile unserer Werte übernehmen», forderte Ueli Maurer. Bild: RoMü

SVP LAUFEN-UHWIESEN

Sehr gut besuchter Sommergrill-Anlass im Schloss Laufen am Rheinfall

Nationalrätin Nina Fehr Düsel vermittelte den Teilnehmenden in einer engagierten Rede interessante Neuigkeiten aus der Bundesstadt.

An diesem lauschigen Sommerabend des 4. Juli 2025 trafen sich gegen 50 Personen im idyllischen Hof des Schlosses. Bei der Begrüssungsrede ging Andi Widmer (Präsident der Sektion) kurz auf die Geschichte des Schlosses ein. Erste Erwähnung finden wir 858 nach Christus. Die damalige Burg war der Stammsitz der Freiherren von Laufen. Im Jahre 1544 erwarb die Stadt Zürich das Schloss und schliesslich 1941 der Kanton Zürich.

Beim Apéro und nachher beim Essen herrschte eine lockere Stimmung und es wurde sich intensiv ausgetauscht. Zu der Gästeschar zählten u.a. die Alt Nationalräte Ulrich Schlüer und Hans Fehr, Alexander Segert (Präsident Sektion Andelfingen), Alexia Heine (Bundesrichterin), Stefan Stutz (Bezirkspräsident Andelfingen), Giancarlo Palmisani (Gemeinderat Laufen-Uhwiesen) und Serge Rohrbach (Gemeindepräsident Laufen-Uhwiesen).

Rede im Rittersaal: Was in Bern «politisch» brennt

In einer engagierten Rede im Rittersaal des Schlosses berichtete SVP-Nationalrätin Nina Fehr Düsel über die wichtigsten Themen der Sommersession. Sie lud das Publikum zu einem Besuch im aufwendig renovierten Bundeshaus ein und präsentierte klare Positionen zu aktuellen politischen Streitpunkten.

EU-Vertrag als «Unterwerfungsvertrag»

Zentrales Thema war der neue EU-Vertrag, den Fehr Düsel scharf kritisierte. Sie bezeichnete das 1889-seitige Abkommen als einseitigen «Kolonialvertrag», der die Schweizer Souveränität untergrabe. Der Europäische Gerichtshof solle im Streitfall entscheiden – für sie ein Bruch mit dem bisherigen bilateralen Weg. Darum sei das Referendum nötig, um diesen Vertrag zu verhindern. Der Bundesrat und die meisten Parteien planen, bei der kommenden Abstimmung das Ständemehr zu umgehen. Diese Entwicklung wird als äusserst bedenklich empfunden, da sie die Interessen der Kantone gefährdet. Fehr Düsel sieht darin einen Skandal, insbesondere weil Befürworter wie die Zürcher Ständerätin Tiana Angelina Moser, die als EU-Unterstützerin gilt, die Kantone ausschalten wollen.

Sorge wegen steigender Ausländerkriminalität

Sorge bereitet ihr auch die Zunahme der Gewaltkriminalität. Laut Kriminalstatistik wurden 2024 57 Prozent aller Straftaten von Ausländern verübt – unter Berücksichtigung von Einbürgerungen sei die tatsächliche Quote noch höher. Die Nationalrätin der SVP fordert ein strengeres Strafrecht, eine konsequentere Asylpolitik und mehr Grenzkontrollen.

Nationalrat will Jugendstrafrecht verschärfen

Der Nationalrat hat ihre Motion zur Verschärfung des Jugendstrafrechts angenommen. Bei schweren Gewaltverbrechen sollen längere Freiheitsstrafen und in Extremfällen das Erwachsenenstrafrecht gelten. Hintergrund ist die zunehmende Jugendgewalt – etwa der Fall einer 14-Jährigen in Berikon, die nach einem Mord nur mit Arbeitseinsatz rechnen müsste.

Kritik an AHV-Finanzierung

Die kürzlich vom Ständerat beschlossene Erhöhung der Lohnbeiträge und der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der 13. AHV-Rente sei laut Fehr Düsel unverantwortlich. Stattdessen brauche es endlich eine nachhaltige Vorlage des Bundesrates. Die SVP fordert, bei der Auslandhilfe und der aufgeblähten Bundesverwaltung Einsparungen vorzunehmen.

F-35-Kampfjets trotz Mehrkosten nötig

Trotz gestiegener Kosten befürwortet sie die Beschaffung der F-35-Kampfjets. Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität erfordere eine starke Armee und eigene Rüstungsindustrie.

Ja zur SRG-Halbierungsinitiative

Auch zur Medienpolitik bezog Fehr Düsel klar Stellung: Das Staatsfernsehen sei überdimensioniert und linkslastig. Die Halbierungsinitiative sei nötig, der Service public bleibe trotzdem gesichert.

Andi Widmer,
Präsident SVP Laufen-Uhwiesen

Gastgeber und Sektionspräsident Andi Widmer und Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Bild: SVP Laufen-Uhwiesen

Die nächste Ausgabe des «Der Zürcher Bote» erscheint am 25. Juli 2025.

SVP Sektion Grüningen

Einladung zur 1. August-Feier 2025

(Halle Schmid Kran AG, Platten-Strasse / Hombrechtiker-Strasse)

ab 18.00 Uhr Festwirtschaft

20.00 Uhr Begrüssung und musikalischer Auftakt mit dem Musikverein Grüningen

20.15 Uhr Festansprache durch Daniel Wäfler, Kantonsrat SVP von Gossau
Anschliessend musikalische Unterhaltung mit dem Musikverein Grüningen bei gemütlichem Beisammensein

Ab Dämmerung 1. August-Feuer
Abbrennen der mitgebrachten Feuerwerke

Bitte das Auto zu Hause lassen, es sind nur wenige Parkplätze vorhanden

Auf einen gemütlichen Abend freuen sich
SVP Grüningen + Freunde und Gemeinde Grüningen

SVP BEZIRK BÜLACH

Zigarren, Geselligkeit und (ein bisschen) Politik: Ein gelungener Zigarrenabend in entspannter Atmosphäre

In ungezwungener Atmosphäre fernab vom Protokoll trafen sich am vergangenen Donnerstag rund 30 Mitglieder und Freunde der SVP zum «No Woke Smoke» im Don Alejandro's in Dietlikon – einer charmanten Zigarrenlounge mit begehbarem Humidor, Ledersesseln, (künstlich) flackerndem Kamin und gut sortierter Bar.

Den Anlass organisiert hat eine kleine aber feine SVP-Zigarrenrunde aus dem Bezirk Bülach unter der Leitung von Ralph Weber, Sektionspräsident aus Embrach, die sich jeweils am ersten Donnerstag im Monat trifft.

Die von den Teilnehmern sorgfältig ausgewählten Zigarren reichten von milden dominikanischen Formaten bis hin zu kräftigeren nicaraguanischen Blends. Zwischen dem Duft edler Zigarren entwickelten sich angeregte Gespräche über politische Visionen, persönliche Anekdoten und natürlich auch das aktuelle Weltgeschehen.

Für das leibliche Wohl war ebenfalls bestens gesorgt: Viel Fleisch vom Grill, frische Salate, ein feines Dessert sowie eine reichhaltige Auswahl an Getränken – inklusive Wein, Bier und Spirituosen – wurden à discrétion serviert und trugen zur rundum gelungenen Stimmung bei.

Genussvoller Abend mit Tiefgang – Zigarren, Gespräche und Gemeinschaft im Don Alejandro's. Bild: Andreas Keiser

Protokollfrei und genussvoll – Politik mal anders

Besonders geschätzt wurde die Teilnahme von NR Tommy Matter, der mit einem (vorgabengemäss) kurzen Grusswort die Wichtigkeit solcher informellen Begegnungen für das politische Miteinander lobte. So sagte ein anderer Teilnehmer schmunzelnd: «Es tut gut, abseits der Parteiarbeit einmal einfach Mensch zu sein – bei einem guten Glas Rotwein und einer feinen Zigarre.» Auch Bezirksparteipräsident und Kantonsrat Christian Pfaller war anwesend und betonte: «Solche Abende stärken nicht nur den Zusammenhalt, sondern zeigen auch, dass Politik durchaus Freude machen kann.»

Ein besonderer Dank gilt dem Team vom Don Alejandro's, das mit grossem Engagement für den reibungslosen Ablauf des Abends sorgte. Der aufmerksame Service, die fachkundige Zigarrenauswahl sowie die stimmige Gestaltung des Ambientes wurden von den Gästen besonders hervorgehoben.

Der Abend endete gegen Mitternacht – mit dem Versprechen vieler Gäste, beim nächsten Mal wieder dabei zu sein. Ganz nach dem Motto: Politik darf auch (mal) gemütlich sein.

Andreas Keiser, Kantonsrat SVP, Glattfelden

BEREITS DRITTE SCHIFFFAHRT MIT DER MS ETZEL VOM 9. JULI 2025

Exklusive Neumitgliederfahrt mit Mitgliedern des Büros Parteileitung

Am vergangenen Mittwoch durfte die SVP des Kantons Zürich bereits die dritte Schifffahrt mit der MS Etzel durchführen, gesponsert von einem grosszügigen Gönner.

Bei diesem Anlass waren neben Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber und dem 1. Vizepräsidenten und Nationalrat Thomas Matter leider «nur» knapp 30 Personen mit an Bord. Die dieses Mal geringere Gästezahl lässt sich einerseits mit kurzfristigen Abmeldungen aufgrund der Sommergrippe erklären. Was mich andererseits aber verärgert, ist die Tatsache, dass zahlreiche Angemeldete es nicht für nötig empfunden haben, sich abzumelden, und somit einfach nicht am Bootssteg am Bürkliplatz erschienen sind. Anmelden und nicht kommen: Für mich einfach ein «No-Go»!

Sicherheit, Überfremdung, EU-Vertrag

Aber nun zur exklusiven Schifffahrt, die Neumitgliedern der SVP des Kantons Zürich vorbehalten war. Diese stand ganz im Fokus des gegenseitigen Kennenlernens und des Informationsaustausches.

Nach einer kurzen Begrüssung durch den kantonalen Parteisekretär Marco Calzimiglia informierte Domenik Ledergerber, weshalb es von zentraler Bedeutung ist, dass wir unseren Mitgliedern Sorge tragen müssen. Sie sind unsere Botschafter an der Basis und für den Erfolg unserer Partei bei Wahlen und Abstimmungen von grösster Bedeutung. Aber auch die Themen «Sicherheit in Freiheit» oder die Überfremdung in unserem Kanton kamen zur Sprache, hier insbesondere unsere Volksinitiative «Recht auf Heimat» – Wohnige für eusi Lüüt.

Anschliessend übernahm Thomas Matter das Wort und erläuterte, weshalb die nächsten zwei Jahre für die Schweiz richtungsweisend werden. Er unterstrich die Wichtigkeit von Neutralität und Sicherheit, aber auch der Kampf gegen die masslose Zuwanderung und den unsäglichen EU-Unterwerfungsvertrag wurden thematisiert.

Nach diesen interessanten Ausführungen konnten sich die Gäste mit Bratwurst, Brot und weiteren Getränken wieder stärken. Rege wurde das Gespräch mit den Politikern genutzt, um über weitere aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Den Abschluss übernahm wieder der Parteisekretär, der auf die kommenden Veranstaltungen wie z.B. den Sonderparteitag am Mittwoch, 13. August, sowie die kommenden Abstimmungen vom 28. September hinwies.

Nächste Schifffahrten bereits geplant

Wir freuen uns schon jetzt auf die weiteren Schifffahrten 2025. Die nächste öffentliche Schifffahrt wird am Mittwoch, 27. August, begleitet durch die Nationalräte Martin Hübscher und Gregor Rutz, stattfinden. Die Informationen zu dieser Schifffahrt finden Sie auf der Titelseite links unten. Bereits jetzt darf ich Ihnen bekannt geben, dass wir – dank der grosszügigen Unterstützung – auch im nächsten Jahr die Schifffahrten wieder durchführen können. Herzlichen Dank dem Gönner!

Marco Calzimiglia, Parteisekretär SVP Kanton Zürich

Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber und 1. Vizepräsident und Nationalrat Thomas Matter begrüssten die Neumitglieder zum gegenseitigen Kennenlernen und Informationsaustausch. Bilder: SVP Kanton Zürich

EINE EINMALIGE SCHWEIZER PERSÖNLICHKEIT

Guillaume Henri Dufour

Die offizielle Schweiz will den 150. Todestag von Guillaume Henri Dufour, dem grossen General, Kartografen und Rotkreuz-Mitbegründer, nicht feiern. Dabei gäbe es die Schweiz ohne diese eindrückliche Genfer Persönlichkeit in ihrer heutigen Form wohl nicht.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

1847 war die damalige Schweiz in grossen Nöten. Sieben Kantone schlossen einen Sonderbund gegen den künftigen Bundesstaat. Dies wäre das Ende eines eigenen Bundesstaats gewesen. Die Tagsatzung beschloss, dass dieser Sonderbund allenfalls durch Waffengewalt niedergerungen werden müsse. Sie ernannte 1847 vor dem Sonderbundskrieg Dufour zum General, vor allem, weil er als patriotischer Schweizer, aber auch als humaner, überlegter Stratege galt.

Sein Feldzugsplan war ebenso einfach wie effizient. Er wollte den Sonderbund mit wenig Blutvergiessen zum Aufgeben zwingen. Und dies, bevor fremde Mächte eingriffen. Zuerst gab das isolierte Freiburg auf. Dann marschierten vier Divisionen nach Luzern. Ganz ohne Gefecht ging dies nicht. 98 Tote waren zu beklagen. Als die Zentralschweizer Kantone ihre Vertreter zur Kapitulation schickten, empfingen sie Dufour nicht nur ehrerbietig, sondern geradezu freundschaftlich.

General Dufours Tagesbefehle sind ein Muster guteidgenössischer Gesinnung: «Sobald der Sieg für uns entschieden ist, so vergesst jedes Rachegefühl, betragt Euch wie grossmütige Krieger, verschont die Überwundenen, denn dadurch beweist Ihr Euern wahren Mut.»

Die Bundesverfassung von 1848 kam den Unterlegenen weit entgegen und führte einen Ständerat sowie ein Ständemehr zum Schutz der kleinen Kantone ein. Mancher Innerschweizer Bauer rauchte sein «Dufourli», eine Pfeife mit dem Porträt dieses bedeutenden Schweizer Generals. Diese Kriegsführung wäre Muster für die ganze Welt.

Ohne General Dufour gäbe es die Schweiz in ihrer heutigen Form wohl nicht. Bild: Wikimedia

Fadegrad

von
Manuel Zanoni

Unbeabsichtigte Konsequenzen?

Für einmal schreibe ich diese Kolumne nicht aus der sommerlichen Schweiz, sondern aus den winterlichen peruanischen Anden. Hier ist es den Tag hindurch zwar angenehm warm, in der Nacht hingegen fällt die Temperatur regelmässig deutlich unter null Grad. Schnee ist trotzdem kaum zu finden, da der Winter nicht in die Regenzeit fällt.

Es ist rund 25 Jahre her, seit ich zum letzten Mal in den peruanischen Andendörfern war. Seitdem hat sich einiges verändert. Im Gegensatz zu damals verfügen heute auch viele der abgelegenen Dörfer über einen passablen Strassenanschluss, Strom und überraschend gut ausgestattete Primarschulen. Mit dem Handyempfang hapert es an den meisten Orten jedoch noch. Der peruanische Staat hat in den letzten 10 bis 15 Jahren neben der Verbesserung der Infrastruktur Programme zum Bau besserer Häuser durchgeführt. Zudem richtete er in einigen Orten moderne Gemeinschaftszentren ein, Tambor genannt. Trotz der stark verbesserten Infrastruktur entvölkern sich die Dörfer zunehmend. Eine Schule in einem der Dörfer hat das letzte Schuljahr mit 32 Schülern gestartet, in diesem sind es noch 19. Viele der Jungen und Arbeitstätigen wandern in die Städte ab, wo bessere Gehälter und mehr Perspektiven locken. Es hilft natürlich nicht, dass es in den Bergdörfern kaum Jobs gibt und die Produktion von Agrargütern in diesen Lagen wenig einträglich ist, ja sogar Importgüter für die Leute oft günstiger kommen. Zurück bleiben die Älteren und wenige Unbeugsame, einige verfallen dem Alkohol. Der soziale Kitt in den Dörfern zerfällt sichtbar. Das Wissen der Älteren wird nicht mehr an die Jüngeren weitergegeben.

Diese Entwicklung ist paradox und verwundert angesichts des grossen, vom Staat betriebenen Aufwands. Oder doch nicht? Treibt er sie womöglich sogar an, indem er Perspektiven für die Flucht in die Stadt schafft? Vieles wirkt von oben herab organisiert, die Bevölkerung scheint kaum einbezogen. Der Betreiber des von einem grossen Zaun umgebenen Gemeinschaftszentrums und die Lehrer reisen trotz Anfahrtszeiten von mehreren Stunden aus den grösseren Städten an. Selbst der Bürgermeister einiger der Dörfer ist dahingezogen.

Auch wenn es grosse Unterschiede gibt, ist man natürlich ob solcher Beobachtungen versucht, Parallelen zur Schweiz zu ziehen. Bei uns sind gewisse Berggebiete ebenfalls von der Abwanderung betroffen. Durch den Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sind wichtige Strukturen bis heute erhalten geblieben. Die tieferen Preise auf den Importmärkten werden ferngehalten. Zudem haben die Kantone und Gemeinden viel Autonomie, sich selbst zu organisieren und das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Auch in der Schweiz drohen jedoch immer mehr Dirigismus und Bürokratie von oben. Es soll uns eine Warnung sein.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zürichs Wohnraumkrise: Zuwanderung und linke ideologisch geprägte Regulierungen verschärfen die Lage

Die jüngste Bevölkerungsbefragung der Stadt Zürich spricht eine deutliche Sprache: Die Wohnraumsituation hat sich weiter zugespitzt, trotz hoher Bautätigkeit und politischer Versprechen.

Reto Brüesch
Gemeinderat SVP
Zürich

60 Prozent der Bevölkerung sind mit dem Wohnungsangebot nicht zufrieden, so viele wie noch nie seit Beginn der linken Regierung vor 30 Jahren. Das ist ein alarmierendes Signal für die politischen Entscheidungsträger. Es braucht einen radikalen Richtungswechsel in der Stadtpolitik bei den Wahlen im März 2026.

Luxus für Zugewanderte, Mangel für Einheimische

Die Fakten liegen auf dem Tisch: Es wird gebaut, aber an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Zwar wurden neue Wohnungen erstellt, doch diese entstehen oft im gehobenen Preissegment. Zwei Drittel der Bevölkerung kritisieren, dass Neubauten und Renovationen «zu luxuriös» seien und dies nicht nur bei privaten Bauherrschaften, sondern auch bei Wohnbauten der öffentlichen Hand. Wer auf günstigen Wohnraum angewiesen ist, bleibt auf der Strecke. Es braucht auch da auf Seiten aller Immobilienbesitzer ein Umdenken, manchmal ist weniger mehr.

Ein entscheidender Grund für diese Schieflage ist die starke Zuwanderung, die die Nachfrage weiter anheizt. 2024 hat Zürich mit über 448 664 Einwohnenden den höchsten Stand seit 1962 überschritten. Der Zuzug, sowohl aus dem Ausland als auch aus anderen Teilen der Schweiz, befindet sich auf Rekordniveau. Ohne flankierende Massnahmen führt das unweigerlich zu einem Verdrängungswettbewerb, unter dem vor allem die jetzige Quartierbevölkerung mit tiefem oder mittlerem Einkommen leidet.

Wo kein Wille, da kein Weg

Der Wohnungsmarkt ist aus dem Gleichgewicht geraten. Der linke Stadtrat und die linke Gemeinderatsmehrheit reagierten mit Vorschriften und Auflagen, diese wirken aber oft kontraproduktiv. Überregulierung im Bauwesen, komplexe Verfahren, langwierige Einsprachen, hohe Anforderungen, etwa bei Energie, Lärm oder Denkmalpflege, und Regulierungen der Mietzinse bei Sanierungen und Ersatzneubauten treiben die Kosten in die Höhe und machen günstiges Bauen zunehmend unmöglich. Gleichzeitig fehlt eine echte Priorisierung des preisgünstigen Wohnungsbaus und der Wille, zusammen mit privaten Grundeigentümern Lösungsansätze herzuleiten. Was als Verdichtung geplant ist, wird zur Luxussanierung mit sozialer Verdrängung und Vernichtung von günstigem Wohnraum als Nebenwirkung.

Die Bevölkerung sieht den Ernst der Lage: Der Mangel an günstigem Wohnraum wird inzwischen gleich häufig als grösstes Problem genannt wie der Verkehr, der jahrzehntelang allein an der Spitze stand. Doch der politische Wille, hier umzudenken, fehlt bislang. Die Stadt Zürich hält an einer einseitigen Wachstumslogik fest, ohne die strukturellen Ursachen des Wohnraummangels anzugehen.

Was jetzt nötig ist

Es braucht dringend:

- Eine **offene Debatte über die Auswirkungen der Zuwanderung** auf den Wohnungsmarkt.
- Eine **Neuausrichtung der Wohnbaupolitik**, die sich nicht nur an ökologischen Idealbildern, sondern an realen Bedürfnissen orientiert.
- Ein **Abbau regulatorischer Hürden**, damit wieder vermehrt einfache und kostengünstige Wohnungen gebaut werden können.
- Eine **klare Priorisierung von preisgünstigen Wohnprojekten**, bei denen soziale Durchmischung und Bezahlbarkeit im Zentrum stehen.

Zürich darf nicht zu einer Stadt werden, in der sich nur noch Expats und Gutverdienende das Leben leisten können. Eine Stadt, die Vielfalt, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität in den Quartieren sichern will, muss auch den Mut haben, heikle Themen wie Zuwanderung, Überregulierung und Marktversagen offen anzusprechen. Die linke Stadtpolitik zeigt gerne auf private Vermieter, die 75 Prozent des Wohnungsmarkts abdecken, bietet aber selbst kaum konkrete Lösungen. Der Umgang mit Wohnraum wird zum Schlüsselthema des kommenden Wahlkampfs.

Es braucht Massnahmen, um Mietparteien zu schützen und günstigem Wohnraum gezielt zu fördern. Doch radikale Vorstösse wie die aktuelle linke Wohnschutz-Initiative sind wirtschaftlich riskant und wohnpolitisch kontraproduktiv. Sie verschärfen die Wohnungsnot, statt sie zu lindern – und treffen letztlich genau jene, die sie zu schützen vorgeben.

Eine Wohnung in der Stadt Zürich bekommen? Dank den Linken ein schier unmögliches Unterfangen. Bild: zVg

AUS DEM WÄDENSWILER GEMEINDERAT

Masseneinbürgerungen in der Stadt Wädenswil

Einbürgerungen verkommen immer mehr zum Massengeschäft. Allein im ersten Halbjahr 2025 wurden im Gemeinderat Wädenswil 74 Gesuche abgehandelt und total 120 ausländischen Staatsangehörigen das Schweizer Bürgerrecht erteilt.

Charlotte M. Baer
Gemeinderätin und
Fraktionspräsidentin SVP
Wädenswil

Noch befindet das Parlament auf Antrag der sechsköpfigen gemeinderätlichen Einbürgerungskommission über die Bürgerrechtsgesuche. Freilich wird dieses Verfahren mittelfristig in die Rechtsgeschichte verschwinden, ist es doch mit dem seit 2023 übergeordneten kantonalen Recht nicht mehr vereinbar.

Bundesgerichtliche Kompetenzanmassung mit Folgen

In einer direkten Demokratie haben die Stimmberechtigten – der Souverän – das letzte Wort in politischen Fragen, ohne Wenn und Aber und vor allem ohne den Entscheid begründen zu müssen. Die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts ist eine solche politische Angelegenheit, jedenfalls nach Überzeugung der SVP. Dem hat das Bundesgericht vor über 20 Jahren eine folgenschwere Absage erteilt. Das Gewaltenteilungsprinzip missachtend hat es gesetzgeberische Kompetenzen an sich gerissen und Einbürgerungsentscheide nicht als politische, sondern als «Verwaltungsakte» qualifiziert. Somit sind «abgelehnte Bürgerrechtsgesuche detailliert zu begründen». Abgewiesene Gesuchstellende können den Rechtsweg beschreiten und erhalten letztlich einen «Anspruch auf Einbürgerung»! Die faulen Früchte dieser Bundesgerichtspraxis müssen wir heute ernten: Bei Weitem nicht immer, aber immer wieder einmal haben Behörden, Polizei, Nachbarn usw. mit schlecht integrierten, sozialhilfebeziehenden oder gar straffälligen Menschen mit Migrationshintergrund zu tun, die – einmal eingebürgert – nicht mehr aus der Schweiz ausgewiesen werden können.

Fehlende Anwesenheitspflicht und mangelnde Wertschätzung

Von Bundesrechts wegen sind die Einbürgerungswilligen nicht verpflichtet, beim Entscheid des Gemeinderats über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts anwesend zu sein. Wer von den Ratsmitgliedern folglich nicht zugleich Mitglied der Einbürgerungskommission ist, sieht sich diesfalls genötigt, die «Katze im Sack zu kaufen». Dass mit der Einladung zur Ratssitzung signalisiert werden darf, eine persönliche Teilnahme sei erwünscht, ist blanker Hohn! Auch ohne gesetzliche Pflicht und moralischen Appell sollte allein aus gebührender Wertschätzung gegenüber dem Schweizer Bürgerrecht die persönliche Anwesenheit selbstverständlich sein.

De facto kommt es aber durchaus vor, dass Einbürgerungswillige wegen Ferien, einer Geschäftsreise oder sogar unentschuldigt der Gemeinderatssitzung fernbleiben. Solches Verhalten zeugt nicht von Integration, sondern von Eigennutz. Etliche Gesuchstellende haben bereits zwei und mehr Staatsangehörigkeiten. Dadurch können sie überall persönliche Vorteile herauspicken, während sie sich um urtypische Schweizer Werte wie Freiheit, Eigenverantwortung, Wehrhaftigkeit und Unabhängigkeit foutieren. Ein leuchtendes Beispiel sind sogenannte internationale Spezialisten in den Führungsetagen einst renommierter Schweizer Grosskonzerne, welche von eben diesen Kosmopoliten letztlich in den Ruin getrieben wurden.

Wachsende Gefährdung der Transparenz

Bereits jetzt ist das Einbürgerungsverfahren für die Stimmberechtigten weitgehend intransparent. Unter dem revidierten Recht darf inskünftig nur noch *eine* kommunale Instanz verbindlich über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts entscheiden. Sollte dazu in der Gemeindeordnung nicht eine vom Volk oder dem Gemeinderat zu wählende eigenständige Kommission, etwa analog der Primarschulpflege, verankert werden, fällt das Einbürgerungswesen in stadträtliche Kompetenz. Der Stadtrat wiederum könnte die Bürgerrechtserteilung an eine Verwaltungsbehörde delegieren, wodurch die Intransparenz vollends besiegelt würde.

Schweizer ist nicht (zwingend) Schweizer

Die Kompetenzen von Stimmberechtigten und Parlamenten auf kommunaler Ebene wurden zunehmend geschmälert. Demgegenüber zeigt die Masse der Einbürgerungsgesuche die Stossrichtung der übergeordneten Gesetzgebung und bundesgerichtlichen Rechtsprechung: Es sollen möglichst viele Personen eingebürgert werden, damit der Ausländeranteil künstlich tief gehalten und die Statistiken – allen voran die Kriminalstatistiken – entsprechend geschönt werden können!

Die Schweizer Staatsbürgerschaft – einst Zeichen gelebter Integration, heute oft nur noch formale Etappe auf dem Weg zu Vorteilen. Bild: Adobe Stock

SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Es braucht mehr Anreizsysteme im Sozialwesen

Der Trülliker Gemeinderat und Sozialreferent Sven Kollbrunner forderte am gut besuchten SVP-Polit-Lunch am 2. Juli in Marthalen mehr und bessere Anreizsysteme, um den Sozialgeldbezug unattraktiver zu machen.

RoMü. «Im Kanton Zürich beziehen 100 000 Personen Sozialhilfe», war die einleitende Kernaussage des Trülliker Gemeinderates und Sozialreferenten Sven Kollbrunner. Grundsätzlich sieht er im Netz der Sozialabsicherungen durchaus auch wertvolle Elemente, um finanzielle Engpässe zu überbrücken. Hingegen macht er im System Mängel aus, weil es grundsätzlich zu wenig Anreize für Sozialhilfebezüger gibt, aus dem Bezug von Sozialgeldern auszusteigen.

Rund 57 000 Personen beziehen Ergänzungsleistungen (EL), welche als Zustupf von AHV- oder IV-Bezügen ausgerichtet werden. Die Hürden, um diese Gelder zu erhalten, sind aber eher hoch. «Bei den EL-Geldern haben die kommunalen Sozialbehörden keinen Entscheidungsspielraum. Die Vorgaben sind von übergeordneten Stellen vorgegeben», hielt Kollbrunner fest. Dazu kommen weitere 41 000 Menschen, die aus verschiedensten Gründen in eine wirtschaftliche Notlage gekommen sind und über keine oder ungenügend eigene finanzielle Mittel verfügen. Die EL-Gelder werden basierend auf den SKOS-Richtlinien (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) berechnet und ausbezahlt. Diese definieren einen lebensnotwendigen Grundbedarf für Einzelpersonen wie auch Familien. Schlussendlich verzeichnete man 2023 beachtliche 4900 Fälle, wo fix vorgegebene Alimentbevorschussungen ausschliesslich für Kinder flossen, welche die Gemeinden zu finanzieren hatten.

SVP-Bezirkspräsident Stefan Stutz (rechts) dankt dem Trülliker Gemeinderat und Sozialreferenten Sven Kollbrunner für den spannenden Einblick in die Herausforderungen im Sozialsystem. Bild: RoMü

Herausforderungen meistern

«Wenn die Sozialhilfe mithilft, schnell aus der Notlage herauszukommen, so hat das System den Zweck erfüllt», sagte Kollbrunner. Doch hier sieht er nun die grossen Herausforderungen: Dies kann dazu verleiten, sich ganz auf diese regelmässigen Zahlungen einzurichten, da das Geld einfach kommt. «Wir müssen die Bezüger zur Mithilfe bewegen. Es darf nicht sein, dass man nach zehn Jahren Deutschkurs immer noch wegen Sprachproblemen ein Bezüger ist», machte Kollbrunner deutlich.

Er sprach aber auch von arbeitsscheuen Menschen, die trotz intensiver Stellenvermittlung einfach nicht arbeiten. Sie bleiben beispielsweise vermittelten Arbeitsstellen fern oder werfen nach wenigen Stunden oder Tagen einfach wieder das Handtuch. Deshalb fordert er ein verstärktes System, welches jene, die in solchen Programmen aktiv und engagiert mitmachen, belohnt, und jene, die sich weigern oder anderen Massnahmen verschliessen, sanktioniert. «Es braucht überall Anreizsysteme. Dies aber nicht zum Bestrafen, sondern für ein faires System», so Sven Kollbrunner.

Dabei sieht er Möglichkeiten und Handlungsspielraum in der Berechnung des Grundbedarfes, welcher verstärkt auf Anreize auszurichten ist. Er verwies aber auch auf die Flüchtlinge aus der Ukraine mit dem Schutzstatus S. «Wir müssen hier auch ein System schaffen, damit nicht nur 30, sondern 60 Prozent wie beispielsweise in Österreich arbeitstätig sind», forderte Kollbrunner.

IV als Einbahnstrasse

Bei den IV-Renten sprach Kollbrunner von einer Einbahnstrasse. Er ist sich grundsätzlich bewusst, dass Eingliederungsmassnahmen sehr teuer sind. Trotzdem sollten verstärkt Umschulungen angestrebt werden, IV-Rentenbezüger wieder ins aktive Berufsleben zurückzubringen, sodass ein Teil- oder Vollausstieg aus der IV möglich würde. Doch die Erfahrungen zeigen, dass auch hier die dafür notwendigen Anreize vielfach fehlen, um einen Ausstieg zu bewirken.

Äusserst besorgt zeigte sich der Trülliker Sozialreferent über die steigenden Zahlen bei sehr jungen IV-Rentenbezügern zwischen 18 und 25 Jahren, welche vielfach an psychischen Problemen leiden. «Wenn für einen 20-Jährigen eine Invalidität diagnostiziert wird, wird danach das entsprechende Dossier geschlossen», sagte Kollbrunner. Sind kaum Anreize für eine eigene finanzielle Selbstständig- und Unabhängigkeit vorhanden, so werden diese jungen Menschen kaum mehr ins Berufsleben zurückfinden.

In der Diskussion zeigten sich verschiedene Personen besorgt über die laufende Entwicklung. So wurde gefordert, dass es auch verstärkt Prävention braucht, um diesen Trend zu brechen. Gerade mit Blick auf die psychischen Erkrankungen bei Jugendlichen wurde die Forderung laut, wieder vermehrt die Eltern in die Pflicht zu nehmen. Eine Massnahme sieht man auch darin, dass die Berufslehre unterstützt, gestärkt und gefördert wird. Zugleich zeigte sich, dass in ländlichen Gebieten der Missbrauch eher tiefer ist als in urbanen Regionen, weil man dort in viel grösserem Mass von der Anonymität profitieren kann.

IM WÜRGEGRIFF DES MATRIARCHATS

Die Entsorgung des Mannes als Gesellschaftsnorm

Den 7. Mai im Zürcher Gemeinderat werde ich nicht vergessen: Eine Gemeinderätin missbrauchte die Redestatistik, um öffentlich gegen Männer zu schiessen. Statt sich um Volksanliegen zu kümmern, wird im Parlament ein Genderkrieg geführt. Ein Tiefpunkt politischer Vernunft und eine beunruhigende Tendenz kranker Ideologie.

Männerfeindlichkeit ist längst salonfähig und hat sich tief in alle Ebenen der Schweizer Gesellschaft gefressen Der Mann soll zahlen, schweigen und möglichst unsichtbar bleiben. Der Mann per se wird zum Feindbild stilisiert, ausser er ist Feminist oder trägt Röckchen. Narrative wie «toxisch» und «patriarchal» dienen dazu, männliche Stärke und Führungswillen zu kontaminieren. Widerspruch wird nicht geduldet. Es scheint, dass der maskuline Hetero-Mann abgeschafft werden soll.

Eine blosse Anschuldigung genügt und der Mann wird nicht nur medial vorverurteilt, sondern auch dem linken Empörungsmob ausgeliefert. Als Konsequenz wagen Männer kaum noch Gesten der Höflichkeit wie Türöffnen oder Mantel geben. Was früher als Ausdruck von Respekt und Fürsorge galt, wird heute zur Grenzüberschreitung umgedeutet. Die natürliche Essenz einer gesunden Beziehung zwischen Mann und Frau wurde systematisch zer- und somit das Gleichgewicht gestört.

Auf der Strasse oder dem Arbeitsmarkt

Besonders perfide sind die Auswüchse queerfeministischer Kreise. Männerhass wird völlig enthemmt entladen: «Tod dem Patriarchat» oder «Feminismus oder Schlägerei» sind nur einige der Parolen, die schweizweit auf offener Strasse plakatiert werden. Maskuline Hetero-Männer gelten pauschal als «CIS»-Träger toxischer Männlichkeit. Den Mann nicht integrieren, sondern verdrängen – ein regelrechter Matriarchatswahn ist ausgebrochen.

In der Arbeitswelt trifft es ihn erneut. Unter dem Schlagwort «Frauenquote» wird offene Diskriminierung geführt, man nennt es «Gerechtigkeit» und «faire Chancen». Wenn ein Mann jedoch für eine Stelle nachweislich qualifizierter, erfahrener und besser ausgebildet ist, dennoch die Frau den Vorzug erhält, ist es umgekehrter Sexismus!

Selbes Bild in der Unterhaltungsindustrie

Die letzten zehn Jahre florierte eine Kultur ohne männliche Helden. Es gab eine systematische Auslöschung maskuliner Vorbilder für Jungen. Somit ist keine einzige herausragende männliche Hauptfigur in Animations- oder Kinderfilmen mehr zu finden, die klassische, positive Männlichkeitsideale verkörpert: Stärke, Verantwortungsbewusstsein, Mut, Beschützerinstinkt oder Führung.

Stattdessen gibt es für Kinder entweder zahllose dümmliche Tierfiguren oder feministische Kampfprinzessinnen, die ganz nebenbei demonstrieren, dass sie den Mann in keiner Lebenslage brauchen. Die wenigen männlichen Charaktere, die es auf die Leinwand geschafft haben, sind entweder hilflos, überflüssig oder böse. Väter? Meist inkompetent, bedeutungslos oder ganz abwesend. Der Junge als angehender Held? Auslaufmodell!

Wer mit Ironman oder sonstigem Marvel-Gebilde widersprechen will, hat den Kern nicht verstanden. Marvel liefert keine Vorbilder, sondern infantile Karikaturen im Spandex: laut, narzisstisch, moralisch entkernt und gefangen in ewiger Pubertät. Ihre «Stärke» basiert nicht auf Prinzipien, sondern Gadgets, Gewalt und überdrehten Allmachtsfantasien.

Gleichzeitig werden Mädchen ideologisch abgerichtet. Unter dem Banner des modernen Feminismus bekommen sie Influencerinnen und Rapperinnen serviert, deren Karrieren auf Selbstinszenierung und Männerverachtung gründen. Respektlosigkeit gilt als Empowerment, Rücksichtslosigkeit als Stärke – thronend über den Trümmern von Anstand, Partnerschaft und gegenseitigem Respekt. Einstige Gleichberechtigung ist heute ein künstlich entfachter Geschlechterkrieg; zurück bleibt verbrannte Erde.

Rückgrat unserer Gesellschaft

Mann und Frau waren nie als Gegner gedacht, sondern als Ergänzung; zwei Hälften eines Ganzen. In allen gewachsenen Kulturen war der Mann das Rückgrat: Beschützer, Versorger, geistiger Halt. Die Frau das Herz: Ursprung von Leben, Hüterin von Heimat und innerer Ordnung. Beide unersetzlich, verschieden – aber gleichwertig. Gemeinsam bildeten sie das, was heute systematisch demontiert wird: die Familie, das eigentliche Fundament jeder stabilen Gesellschaft.

Der maskuline Mann ist kein Feind und kein Risiko, er ist Ursprung und Rückgrat einer gesunden Gesellschaft: Grossvater, Vater, Bruder, liebender Ehemann. Wir brauchen Männer, die führen, schützen, Verantwortung tragen und sich nicht permanent dafür entschuldigen müssen, Männer zu sein. Eine Gesellschaft, die ihre Männer bricht und nur «alternative Familienmodelle» fördert, erntet eine Generation aus verirrten Söhnen, zornigen Töchtern und eine Sammlung vereinsamter Individuen in einem emotional verwahrlosten System.

Jane Bailey,
Vorstand SVP Zürich Kreis 10

LESERBRIEF

Zwischenhändler verweigert einem Bauern im Aargau die Abnahme seiner Chriesi!

Ende letzter Woche las ich, dass einem Bauern im Aargau (Bözberg AG, oberhalb Brugg) von einem Zwischenhändler die Abnahme seiner Chriesi verweigert wurde, da sie anscheinend 1 mm zu klein waren.

Was für ein Stumpfsinn! Dieses Vorgehen ist nur noch beschämend, reif und süss müssen sie sein! Wir werfen doch niemals so gute, schmackhafte Chriesi weg, meint der Bauer mit Recht.

Mich ärgerte dies gewaltig, wie viele andere auch. Ich war entschlossen, gleich mit Zug und Bus dorthin zu fahren. Am Samstagvormittag reiste ich deshalb gleich zum Hof Bauer Hegg nach Bözberg, obwohl mir dies nicht gerade am Weg liegt – einfach, um ein Zeichen zu setzen. Ich wusste, nächste Woche ist Regen angesagt und die Kirschfliege lässt nicht auf sich warten, obwohl die Anlage überdeckt ist.

Ich traf auf wunderbare, süsse Chriesi, die ich natürlich selber pflückte. Ich war gar nicht alleine, die Leute reisten von überall an, auch, weil sie sich ärgerten. Das war die beste Werbung für diesen Bauern!

Ich selber glaube nicht, dass dies der wahre Grund der zu kleinen Chriesi ist. Ich denke, die ausländischen Chriesi sind billiger und der Gewinn oder die Marge für die Zwischenhändler und Detailhändler ist grösser. Eine Schande!

Wir wollen möglichst viele eigene Produkte aus der Schweiz. Wir unterstützen unsere Bauern, unser Land und unsere Bevölkerung. Wir stehen zusammen und kämpfen für unsere Freiheit, Neutralität und unsere Ernährungssicherheit!

Regula Hiltebrand,
Au ZH

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Infolge des altersbedingten Rücktrittes von Bruno Heinzelmann (SVP) aus dem Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) per 31. Dezember 2025 findet eine Ersatzwahl durch den Zürcher Kantonsrat statt. Der freiwerdende Sitz bleibt bei der SVP. Eine Findungskommission der SVP-Kantonsratsfraktion prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Fraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten.

Wir suchen per 1. Januar 2026 eine starke Persönlichkeit als

Mitglied des Verwaltungsrates (m/w) der EKZ (ca. 15%)

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden die 13 vom Kantonsrat gewählten - inklusive dem aus ihrer Mitte gewählten Präsidenten - und 2 vom Regierungsrat bestellten Verwaltungsräte das oberste Organ der EKZ. Diese werden vom Kantonsrat jeweils für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die laufende Legislatur endet im Juni 2027. Eine Wiederwahl ist möglich.

Ihre Aufgaben im Verwaltungsrat umfassen die unmittelbare Aufsicht über die Geschäftsführung.

Hier geht's zum vollständigen Inserat
mit Anforderungs- und Kompetenzprofil:

Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen senden Sie an marlies.pfister@svp-zuerich.ch oder an Marlies Pfister, Fraktionssekretariat, SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf.
Für Fragen steht Ihnen Kantonsrat André Bender unter gp.oberengstringen@bluewin.ch oder unter Tel. 079 403 68 49 zur Verfügung. Einsendeschluss ist der 22. August 2025.

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Bülach
Freitag, 29. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz am Büüli Fäscht, Marktgasse, Bülach.

Bezirk Dielsdorf/Stadlerberg
Freitag, 18. Juli 2025, 18.30 Uhr, Grillabend, Besenbeiz Huebhof, Hueb 8, Bachs, mit Kantonsrat Patrick Walder. Kosten: 35 Franken. Anmeldung unter rosmarie.schlatter@svp-stadlerberg.ch.

Bezirk Meilen/Zollikon
Samstag, 16. August 2025, bis Montag, 18. August 2025, SVP-Stand an der Chilbi, Dorfplatz, Zollikon.

Bezirk Meilen/Zumikon
Samstag, 23. August 2025, 11.00 Uhr, Jubiläums-Grillplausch, Feuerstelle Strubenwis, oberhalb Golfplatz, Weid 9, Zumikon, mit Nationalrat Andreas Glarner. Anmeldung bis 21. August 2025 unter gerard.olivary@bluewin.ch.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 28. August 2025, 18.30 Uhr, Sommeranlass, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Gregor Rutz.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 13. August 2025, 18.30 Uhr, Sonderparteitag der SVP des Kantons Zürich, Neumarkt, Winterthur.

Mittwoch, 27. August 2025, 13.45 – 17.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6, Zürich, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Gregor Rutz. Anmeldung unter sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiessen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie direkt oberhalb im Impressium.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

BUNDESFEIERN MIT SVP-REDNERINNEN UND -REDNERN

Bezirk Affoltern
Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, Löwenplatz (bei schlechtem Wetter im Löwensaal), Hausen am Albis, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, Gemeindesaal, Zur Mühle 4, Kappel am Albis, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Bülach
Freitag, 1. August 2025, 20.45 Uhr, auf dem Hügel in Oberwil, oberhalb Breitenloostrasse, Nürensdorf, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Bezirk Dielsdorf
Freitag, 1. August 2025, 21.00 Uhr, Rebhaus, Dorfstrasse 113, Watt, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Dietikon
Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Waldhütte, Lielistrasse 50, Aesch, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Embriareal, Im Embri 8, Urdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Hinwil
Freitag, 1. August 2025, 19.30 Uhr, Gemeindeparkplatz, Oberdürntnerstrasse 6, Dürnten, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Freitag, 1. August 2025, 20.00 Uhr, Festhütte Altrüti, Altrütistrasse 4, Gossau, mit Nationalrat Alfred Heer.

Freitag, 1. August 2025, 20.15 Uhr, Halle Schmid Kran AG, Plattenstrasse/Hombrechtikerstrasse, Grüningen, mit Kantonsrat Daniel Wäfler.

Bezirk Meilen
Freitag, 1. August 2025, 18.00 Uhr, bei der Badi, Schachenstrasse 6, Oetwil am See.

Bezirk Pfäffikon
Donnerstag, 31. Juli 2025, 19.00 Uhr, Heiget-Huus, Schulhausstrasse 22, Fehraltorf, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Freitag, 1. August 2025, 19.00 Uhr, Festgelände Hofwies, Wila.

Bezirk Winterthur
Freitag, 1. August 2025, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Festzelt, Hagenbuch, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Stadt Zürich
Freitag, 1. August 2025, 11.30 Uhr, Grossmünster, Zürich, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

Kanton Basel-Landschaft
Freitag, 1. August 2025, 17.00 Uhr, Berghaus Oberbölchen, Festzelt, Ober Bölchen 109, Eptingen BL, mit Bundesrat Albert Rösti und Alt Nationalrat Roger Köppel. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-rehag.ch.

Kanton Schaffhausen
Freitag, 1. August 2025, 17.30 Uhr, Rastplatz Rummelen, Hallau SH, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Kanton St. Gallen
Freitag, 1. August 2025, 10.00 Uhr, Alp Schindelberg, Goldingen SG, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer. Nur mit zweistündigem Fussmarsch erreichbar.

Freitag, 1. August 2025, 18.30 Uhr, Bauernhof der Familie Müller, Goldberg 108, Schmerikon SG, mit Nationalrat Thomas Matter. Anmeldung bis 27. Juli 2025 unter event@svp-schmerikon.ch.

Nebenamtliche/r Richter/in mit Hauptsprache Deutsch

Bundesgericht

Mobil und Homeoffice / 15–20 %

Diesen Beitrag können Sie leisten

- Referate erarbeiten und an den Entscheiden des Bundesgerichts flexibel mitwirken

Das macht Sie einzigartig

- Fundierte juristische Ausbildung und umfassende Rechtskenntnisse, idealerweise mit vertieften Kenntnissen im öffentlichen Recht
- Mehrjährige Erfahrung im Justizbereich, vorzugsweise an einem Gericht oder in einer Advokatur
- Hohe zeitliche Flexibilität
- Beherrschung der deutschen Sprache sowie gute Kenntnisse einer zweiten, ev. einer dritten Amtssprache
- Schweizerische Staatsangehörigkeit

Das ganze Inserat mit allen weiteren Informationen zum Bewerbungsprozesse erhalten Sie mit diesem QR-Code: